



An den Präsidenten  
des Südtiroler Landtages  
Herrn Josef Nogger  
Silvius-Magnago-Platz 6  
39100 Bozen

## **BEGEHRENSANTRAG**

### **Wählen ab 16**

Nicht erst seit der „Fridays for Future“-Bewegung wissen wir, dass Jugendliche auch unter 18 Jahren an Politik und vor allem an gesellschaftlich relevanten Themen sehr interessiert sind. Dennoch haben sie relativ wenig Mitgestaltungsmöglichkeiten in unserem politischen System, da das aktive Wahlrecht den über 18-Jährigen vorbehalten ist. Das entspricht nicht mehr den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft. Junge Menschen wollen verstärkt Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen und das gilt es ihnen auch zu ermöglichen.

Angesichts der demografischen Entwicklung hin zu einer alternden Gesellschaft ist dies auch dringend notwendig, um das Gleichgewicht der Generationen bei demokratischen Entscheidungen zu fördern. Politik wird vor allem von „Älteren“ für „Ältere“ gemacht, das Gleichgewicht stimmt nicht. Der Generationenkonflikt ist immer wieder Thema. Die meisten Grundsatzentscheidungen werden nicht im Interesse junger Menschen und aus der Perspektive für eine gemeinsame Zukunft der Generationen getroffen und betrachtet, weder medial noch politisch. Junge Menschen haben politisch wenig bis gar kein Gewicht. Für eine Veränderung braucht es eine neue Form der Politik, die junge Menschen in die wichtigen politischen Entscheidungsprozesse mit einbezieht und jugendrelevante Themen in das Zentrum der politischen Debatte rückt.

Jugendliche werden zudem im Alltag oft bereits lange vor dem 18. Lebensjahr wie Erwachsene behandelt: 16-Jährige sind straffähig, müssen über ihren Bildungsweg und ihre berufliche Zukunft entscheiden und sind zum Teil schon berufstätig. Dem Argument, dass minderjährige Jugendliche nicht politisch urteilsfähig sind bzw. politisch unreif, dem steht die kognitive Entwicklungsforschung entgegen. Diese besagt, „dass in der Altersspanne zwischen 12 und 14 Jahren bei fast allen Jugendlichen ein intellektueller Entwicklungsschub stattfindet, der sie dazu befähigt, abstrakt, hypothetisch und logisch zu denken. Parallel hierzu steigt in dieser Altersspanne auch die Fähigkeit an, sozial, ethisch und politisch zu denken und entsprechende Urteile abzugeben. Daher ist es schwer nachvollziehbar, warum junge Menschen nicht auch politisch mitentscheiden sollten. Der Südtiroler Jugendring und die JG fordern dies schon seit langem!

Bereits 2006 haben Jugendvertreter der EU-Mitgliedsstaaten in ihrer „Deklaration von Wien und Bad Ischl“ ein Zeichen gesetzt. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: „Um die aktive Mitwirkung junger Menschen an gesellschaftlichen Prozessen zu stimulieren, sollte das Wahlalter gesenkt werden, wobei als begleitende Maßnahme vom Volksschulalter an, unter Verwendung nicht-formaler Methoden, Politische Bildung vermittelt wird, um dieselbe Grundinformation für jeden jungen Menschen zu gewährleisten.“

In fast allen Demokratien der Welt liegt die Altersuntergrenze bei nationalen Wahlen bei 18 Jahren. Es gibt nur vereinzelt Länder, in denen 16-Jährige bei allen landesweiten Wahlen und Abstimmungen teilnehmen dürfen. Seit der Wahlrechtsreform 2007 gilt in Österreich ein



allgemeines Wahlalter von 16 Jahren. Österreichische Staatsbürger/innen ab 16 Jahren haben bei Gemeinderats-, Landtags-, Nationalratswahlen, bei der Bundespräsident/innenwahl und den Wahlen zum Europäischen Parlament das aktive Wahlrecht. Wählen ab 16 gilt zudem für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen. In Deutschland besteht ein aktives Wahlrecht der 16-Jährigen teilweise bei Landtags- und Kommunalwahlen. In Italien wurde in einigen Städten für die Wahlen von Stadtviertelräten 16-Jährigen ein aktives Wahlrecht zuerkannt. Die Herabsetzung des Wahlalters für den Senat auf 18 Jahre ist geplant. Auch andere Länder diskutieren die Wahlalterssenkung, oder führen sie in kleinen Schritten ein. In Argentinien etwa sind seit 2014 auch 16-Jährige wahlberechtigt, Norwegen und Finnland experimentieren mit Probeläufen bei Gemeinderatswahlen. In Großbritannien und Dänemark gibt es seit Jahren, ebenso wie seit kurzem auch in der Schweiz heftige Debatten um eine Wahlalterssenkung, in der bis dato die GegnerInnen die Oberhand bewahren.

Die Erfahrungen bei bisher abgehaltenen Wahlen mit aktivem Wahlrecht ab 16 Jahren waren durchaus positiv. Die Wahlbeteiligung unter den Jungwählern war gleich hoch wie bei den über 18-jährigen und sie zeigten kein radikaleres Wahlverhalten, wie ihnen oft unterstellt wird. Die Analyse von Wahlen in Österreich hat gezeigt, dass minderjährige Jugendliche nicht anfälliger sind für populistische Propaganda als andere. Erst- und Jungwähler in Österreich wählen grundsätzlich nicht „extremer“ als andere Altersgruppen, d.h. deren Parteipräferenzen sind fast deckungsgleich wie die der Gesamtbevölkerung. Junge Menschen sind in der Lage verantwortlich zu handeln und ihr Verhalten zu reflektieren. Sie treffen ihre Entscheidungen aufgrund von Informationen und sie sind politikinteressiert und wollen mitentscheiden. Jugendliche und junge Erwachsene geben bei Umfragen auch an, dass die Senkung des Wahlalters und die Beteiligung an Wahlen ihr Interesse gesteigert hat.

Klar ist, dass die Senkung des Wahlalters vorbereitende und begleitende Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung erfordert. Neben der Schule als konkretem Lernort für Partizipation kommt auch dem nicht-formalen Bildungssektor, in dem vor allem Jugendorganisationen aktiv sind, eine entscheidende Rolle zu. Daher braucht es eine dementsprechende (finanzielle und ideelle) Unterstützung von politischer Bildung im Rahmen von Jugendarbeit.

Wir sind davon überzeugt, dass Jugendliche mehr verdient haben, zumal sie die Konsequenzen für die heute getroffenen politischen Entscheidungen, über die sie nicht mitbestimmen können, tragen müssen. Die einzige Lösung dafür ist die politische Bildung zu intensivieren und das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Nur so kann es gelingen, die Jugend verstärkt in die Politik einzubinden.

Dies vorausgeschickt,

**fordert der Südtiroler Landtag  
die italienische Regierung und das italienische Parlament auf,**

- die Politische Bildung allgemein, aber vor allem von Kindern und Jugendlichen weiter zu intensivieren und auch im nicht-formalen Bildungssektor zu unterstützen;
- das aktive Wahlalter in Italien, für alle Wahlen und Abstimmungen, sei es auf europäischer, staatlicher, regionaler sowie kommunaler Ebene von 18, beziehungsweise 25 Jahren auf 16 Jahre abzusenken.

Gezeichnet von den Landtagsabgeordneten



Helmut Tauber

Gert Lanz

Phillipp Achammer

Magdalena Amhof

Waltraud Deeg

Jasmin Ladurner

Helmut Renzler

Bozen, den 23. März 2021